Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh, Mittwoch** und **Sonnabend Mittag.** Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags 10 Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltig Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 190. Dienstag, den 4. Dezember. 1866

Landtag.

34. Sitzung des Abgeordnetenhauses a. 30 Nov.

Fortsetzung der Vorberathung des Budgets, zunächst des Etats für das Justizministerium. Geh. Justiz-Rath Sydow erläutert den Etat in Einnahme und Ausgabe. Die Gesammtausgabe beträgt 12,635900 Thlr., so daß ein Zuschuß von c. 1,9900,000 Thlr. erforderlich bleibt. Wesentliche Veränderungen gegen das Vorjahr sind in der Einnahme nicht vorgeschlagen, abgesehen von der Ermäßigung des Gerichtskosten-Zuschlages, welche durch besondere Vorlage beantragt ist. In der Ausgabe sind Erhöhungen vorgeschlagen: 1) im Dispositionsfonds, 2) durch Vermehrung etatsmäßiger Stellen mit überhaupt 167,118 Thaler deren Rechtfertigung im einzelnen für die Spezialdebatte vorbehalten wird. Veranlassung der Mehrausgabe ist die Absicht, theils unauskömmliche Gehälter zu verbessern, theils schon vorhandene nicht definitiv besetzte Stellen zu etatisiren. Der Regierungs-Kommissar rechtfertigt die Vorschläge, sowohl in Absicht der Höhe der Gehälter als der Zahl der Beamten, durch eine Vergleichung mit den einschlägigen Verhältnissen der neu erworbenen Provinzen.

Zur Generaldebatte erhält das Wort der Abg. Lasker. Das Streben nach Rechtseinheit, welches das deutsche Volk durchdringt, und welches der Bundestag nicht gefördert hat, das aber von der s. g. neuen Aera unterstützt worden, wird durch die neue Lage des Vaterlandes besonders dringend. Preußens Gesetzgebung und Prozeßverfahren sind nicht geeignet, als Grundlage für eine größere Einigung zu dienen, namentlich nicht der Kriminalprozeß. Im Jahre 1862, als Graf Lippe in das Amt trat, war die Einführung der Handelsgerichte eingeleitet, der Minister hat die Organisation nicht fortzuführen vermocht. Im Prozeßwesen hatte Herr v. Bernuth eine Kommission zum Entwurfe einer Prozeßordnung eingesetzt, die längst mit ihrer Arbeit fertig ist, gleichwohl liegt dem Hause noch keine Gesetzvorlage vor. Was die Hypothekenordnung angeht, so liegt eine treffliche Vorarbeit von Mitgliedern dieses Hauses seit Jahren vor, ohne zu einem Ergebniß geführt zu haben. Ministerverantwortlichkeit, Administrativ-Justiz, Verfolgbarkeit der Beamten — sind Gegenstände die garnicht in Angriff genommen werden. Was die Organisation der Gerichte angeht, so ist dieselbe der Art, daß die nothwendigen Eigenschaften des Richters nicht gesichert sind. In der Vorbereitungszeit liegt der Schwerpunkt in den Prüfungen, und den Referendarien ist jede Selbstständigkeit genommen. Als Syndikus des Staatsministeriums hat der Graf zur Lippe zuerst die s. g. Lückentheorie befestigt, dergestalt, daß er von allen Ministern zuletzt die Indemnitätsforderung zugegeben. Er ist der Schöpfer der Preß-Ordonnanz, er hat die Verfolgung der Abgeordneten wegen Reden hier im Hause zugelassen, er hat die Darlehnskassen ohne Zustimmung der Kammern errichten lassen, ist auch der eigentliche Urheber der Zweifel darüber, ob der bekannte Vertrag mit der Köln-Mindener Eisenbahn der Zustimmung des Landtags bedürfe. Als Chef der Justizverwaltung erließ Graf Lippe zuerst das bekannte Wahlcirkular, auf ihn sind die vielen Disziplinar-Untersuchungen gegen Beamte im letzten Grunde zurückzuführen, Avancements und Neu-Anstellungen werden von der politischen Gesinnung abhängig gemacht; selbst Verwaltungsbehörden müssen über die Kandidaten für Rechtsanwaltstellen berichten. Die gegenwärtigen Bedürfnisse sind Gesetz- und Prozeß-Reform, und nach der Vergangenheit ist nicht zu erwarten, daß der Graf Lippe diese Aufgaben lösen werde.

Justizminister: Die gehörten Angriffe werden das Verhältniß zwischen Abgeordnetenhaus und Regierung nicht zu einem angenehmen machen. Daß Reformen dringend nöthig, ist richtig. Was zunächst die Prozeßordnung angeht, so ist der Gesetzentwurf dazu fertig, soll aber dem norddeutschen Parlament vorgelegt werden. Ein Gesetzentwurf über die Reform des Hypothekenwesens und des Subhastationswesens sei ausgearbeitet und so weit vorbereitet, daß er dem Staatsministerium habe vorgelegt werden können; an der Hypothekenkrise in Berlin seien die allgemeinen Geldverhältnisse schuld. Eine Kriminalordnung sei vorbereitet. Die Lückentheorie sei ein Erzeugniß des Verfassungskampfes, man werde über dieselbe mit der Zeit zur Tagesordnung übergehen. Er habe nach seiner Auffassung der Verfassung votirt, ebenso in der Köln-Mindener Angelegenheit. An der Ueberzeugung, daß es nicht mit der Pflicht des Richters vereinbar sei, sich an politischen Agitationen zu betheiligen, habe er festgehalten, und bedaure, wo er Disziplinaruntersuchungen habe führen lassen müssen; beim Kammergericht seien im letzten Jahre übrigens nur 4 geführt. Daß er bei den Landräthen nach der politischen Gesinnung der Anzustellenden frage sei nicht wahr. Es sei Aufgabe der Regierung mit der Landesvertretung zusammenzuwirken zum Wohl des Landes. Man möge daher persönliche Angriffe fernhalten. — Ein Mitglied der Rechten verlangt, daß der Präsident verhindern möge, daß bei solchen Gelegenheiten der Redner vorbringe, was ihm grade gut scheine. Es folgt der Abg. Waldeck. Der Justizminister, als berufener Vertreter des Rechts, könne die Verantwortlichkeit weder für die Lückentheorie, noch für das Meer von Disziplinaruntersuchungen ablehnen. Es liege nicht blos am Disziplinargesetze, sondern an der Handhabung desselben. Redner bespricht hierauf ausführlich die Nothwendigkeit von Reformen des Civil- und Kriminalverfahrens, in dem letzteren namentlich die Beseitigung der Möglichkeit der Aggravation in den höheren Instanzen. Die Reformen seien zu beschleunigen, damit wir nicht vor den Bewohnern der neuen Landestheile erröthen müssen. Es sei zu beklagen, daß der große Moment ein kleines Geschlecht finde. Abg. Hauschteck theilt die Gesichtspunkte des ersten Redners (Lasker), bedauert aber, daß dessen Rede eine Wendung genommen, die von der objektiven Betrachtung der Dinge entferne. Er seinerseits wolle ergänzend die Nothwendigkeit einer Reorganisation der Justiz nachweisen, welche namentlich die Unabhängigkeit des Richterstandes sichern müsse. Die Unabhängigkeit beruhe in der Nichtverantwortlichkeit für die Voten. Diese werde aber beeinträchtigt durch die Verwaltungsgeschäfte mit denen der Richter belastet sei und durch die er verantwortlich werde. Nur hierdurch werde eine Verminderung der Zahl der Richter und durch diese wieder eine auskömmliche Stellung der Richter möglich. Die rheinische Justizverfassung sei mustergültig. Abg. Lesse macht die Nothwendigkeit der Einführung der längst in Aussicht gestellten Handelsgerichte geltend, durch welche der Richterapparat und damit die Kosten der Justizverwaltung vermindert werden würden. Ferner befürwortet Redner die Freiheit der Advokatur. Jetzt betrachte man vielfach das Richteramt als Durchgang der Rechtsanwaltsstellung, während das umgekehrte Verhältniß das richtige sei. Der Justizminister, der die Anstellung in der Advokatur von politischen Rücksichten abhängig mache, scheine der Freiheit der Advokatur nicht zu huldigen. Abg. Holzapfel erklärt, daß er den Angriffen des Abg. Lasker im Wesen nicht zustimme und sie in der Form mit Entrüstung verwerfe. Abg. Lent: Sache und Person seien nicht zu trennen, wenn ein System angegriffen werde, welches auf der Auffassung der Person beruhe. Hätte man persönlich angreifen wollen, so hätte noch viel mehr persönliches angeführt werden können. Abg. Wagener fragt, ob der Ton der seit einigen Tagen eingeschlagen sei, die Interpretation der Versöhnungstheorie sei. Die Stellung der einzelnen Minister werde hierdurch befestigt. Die Indemnität sei ein thatsächlicher Kompromiß gewesen, kein Aufgeben der Prinzipien auf der einen oder andern Seite; er wenigstens halte seine Prinzipien auch heute um so bestimmter fest. Sachlich könne er vielen Postulaten der andern Seite beistimmen. Aber es sei nicht möglich so rasch zu reformiren, wie man es fordere. Hoffentlich werde es gelingen, den Widerstand der Richterkollegien zu überwinden, der bisher die Reform verhindert. Er acceptire gern eine Verminderung der Kreisrichter um ²/₃, wenn den Gerichten die Geschäfte abgenommen werden, welche der Selbstverwaltung gehören. Er nenne mit Waldeck die Konfliktszeit erfreulich, weil die Regierung die Fortschrittspartei so gründlich besiegt habe, wie man es kaum habe hoffen können. Die Regierung werde mit den neuen Landestheilen auch ohne Hülfe der Forschrittspartei fertig werden, und er könne daher nur rathen, sich mit Selbstverleugnung unter der Fahne der Regierung zu schaaren, damit diese vielleicht nach Jahresfrist die Vergangenheit vergesse. Abg. v. Gerlach greift unter Hinweis auf die früheren Reden Simson's und Twesten's und die heutige Laskers den Justizminister an; daß er nicht energischer verfahren sei.

Die Debatte wird geschlossen. Abg. Lasker (persönlich): er wolle Wagener nicht antworten, weil er sonst in einen Ton verfallen müsse, der dem des Abg. v. Gerlach näher liege, als dem den er liebe. Die Angabe über die bei Landräthen erfolgten Anfragen habe er von dem Abg. Schmidt erhalten. Schmidt (Randow): der Fall sei im Stettiner Appellations-Gerichtsbezirke vorgefallen und er werde dem Hause darüber das Zeugniß eines Rechtsanwaltes vorlegen. Abg. Twesten: Wenn der Abg. v. Gerlach ihn zu Disziplinaruntersuchungen empfohlen, so sei er damit schon hinreichend bedacht, noch heute schwebe gegen ihn eine solche, die nach dem Indemnitätsbeschlusse eingeleitet sei. Von der Theorie des Justizministers, daß es für Richter strafbar sei, sich politisch zu betheiligen, werde er keine Notiz nehmen und etwaige Disciplinaruntersuchungen mit vollendetster Gleichmüthigkeit hinnehmen. Justizminister: Die letzte Disciplinaruntersuchung sei schon vor der Session vorbereitet gewesen. Nach einigen weiteren persönlichen Bemerkungen geht das Haus zur Spezialberathung über.

Das Ordinarium des Justizetats wurde erledigt. Der Antrag des Abgeordneten Dr. Virchow, die Beschlußfassung über Tit. 1 „Gerichtskosten" auszusetzen bis der Gesetzentwurf betr. die Aufhebung des Zuschlags zu den Gerichtskosten erledigt sei, wurde abgelehnt; dagegen wurde der Antrag des Abgeordneten Dr Eberty, betreffend die Erhöhung der Gehälter der Subalternbeamten, angenommen.

35. Sitzung des Abgeordnetenhauses a. 1. d.

Berathung des Etats des Ministeriums des Innern. Der Regierungskommissarius, Geh. Rath Wulffshein motivirte den Etat durch ein allgemeines Exposé. Abgeordneter von Unruh ergreift das Wort, um gegen die neulichen Aeußerungen des Ministers des Innern das Vorhandensein eines Dualismus im Ministerium nachzuweisen. Die Politik des Grafen Bismarck bewege sich im Sinne der Politik Friedrich des Großen und der Regenerationsperiode, sie sei nicht konservativ, sie sei in den andern Verhältnissen revolutionär im entschiedensten Gegensatz gegen die Prinzipien der inneren Politik. In dem Geist der Rede des Ministers des Innern habe er das naive Zugeständniß gefunden, daß sie willkürlich, bald mehr, bald minder streng verfahre. Er verlange feste Prinzipien und verfassungsmäßiges Regieren, Maßregeln, welche die Assimilirung der annektirten Länder erleichtern; daß die jetzige Politik diesen Zwecke nicht diene, beweise die Stimmung in Nassau und Hannover. Er müsse gegen die Positionen des Etats stimmen, die ein Vertrauensvotum gegen den Minister des Innern enthalten. Minister des Innern: Eine Differenz bestehe im Ministerium nicht. Revolutionär nach Außen sein, könne manchmal mit dem Konservatismus im Innern stimmen, ja sogar für ihn nothwendig sein, das allgemeine Stimmrecht könne auch ein sehr konservatives Prinzip sein. Wenn die neue Partei sich nicht gegen Personen, sondern gegen Prinzipien richten wollte, könnte man sich mit ihr leicht verständigen. Die Regierung und konservative Partei seien sächlicher, als die Gegner. Wenn Sie den Willen zum aufrichtigen Zusammengehen im Sinn der Indemnität nicht aufrichtig bethätigen, wenn Sie Positionen, die nothwendig sind, bekämpfen, weil sie in dem Etat eines gewissen Ministers stehen, dann dauert der immer peinlicher werdende Zustand fort, wo eine oder zwei Stimmen, also die zufällige Anwesenheit einzelner Mitglieder, das Schicksal ganzer Verwaltungszweige entschieden. Die Indemnität haben sämmtliche Minister gewollt, um in dem Momente, wo die Krone in voller Macht dastand, zu zeigen, daß Krone und Minister die Verfassung wollen. Nur die Minister, welche die neue Lage gemacht, würden auch sämmtlich sich in dieselbe zu finden wissen, froh, endlich die

Ruhe zu finden, um an materielle Arbeiten zu gehen.
Wenn in den neuen Landestheilen Mißstimmung herr-
sche, so sei das bei dem Interimistikum unvermeidlich;
Maßregeln der Regierung, die sich bis jetzt dort nur
informire, seien nicht Schuld daran. Es sei richtig,
daß die Regierung sich dort auf die liberalen Elemente
stütze, die konservativen Elemente hielten sich leider fern
und schadeten sich selbst am meisten. Nach absoluten
Prinzipien könne nicht regiert werden; ein absoluter
Rechtsstaat mit Regierung nach absoluten Prinzipien
sei undenkbar, ein todter Formalismus. Es müsse
nicht viel, aber es müsse in einem bestimmten Ton re-
giert werden. Die Regierung bestehe aus Menschen
und müsse Menschen regieren. Finden Sie sich in die
neue Lage und versuchen Sie sachlich zu werden!

Abg. v. Hennig: Der Minister verkenne voll-
kommen die Personen, an die er sich gewendet. Man
trete den Ministern gegenüber, weil man die Grund-
sätze, nach denen sie regieren, nicht billigen kann. In
der Militärfrage habe man sachliche Opposition gemacht,
und jetzt geglaubt, sich nähren zu können, weil bei Er-
weiterung des Staatsgebietes Erleichterung versprochen
wurde. Der Minister des Innern habe bei Berathung
der Indemnität versprochen, andere Wege zu gehen;
er habe sein Wort nicht gehalten, er habe noch neulich
erklärt, mit Nichtbestätigungen fortfahren zu wollen,
und dadurch bewiesen, daß gerade er persönlich sei.
Er sei überzeugt, daß ein Ministerium, welches das
gethan, was das gegenwärtige gethan, andere Bahnen
im Innern beschreiten müsse, denn es gelinge nicht im-
mer Oesterreich zu überraschen; man müsse daher den
Staat im Innern befestigen durch Ausbildung der or-
ganischen Gesetzgebung; die Politik des Ministers des
Innern gebe in dieser Beziehung aber keine Aussicht.
Ob das allgemeine Wahlrecht der konservativen Par-
tei oder der Demokratie zu Gute komme, stehe dahin,
das wisse er, daß der Regierung bei den Wahlen alle
Mittel zu Gebote stehen, der liberalen Partei nicht.
Es könne gelingen, ein reaktionäres norddeutsches Par-
lament zu Stande zu bringen, aber was man mit ei-
nem solchen anfangen wolle, das wisse er nicht. Daß
die Etatspositionen gewisser Ministerien angegriffen
werden, liege daran, daß man nicht die Ueberzeugung
habe, daß sie zum Besten des Landes verwendet wer-
den würden. Man habe aus den geheimen Fonds den
Stifter einer neuen Religion (Cogitanten) nach Dres-
den geschickt, um dort ein politisches Blatt zu gründen;
die Dresdener habe das nur verstimmt. Der Haupt-
mann a. D. Herrmann in Schnönebeck sei als Stadt-
rath auch heute nicht bestätigt. Nur Maßregeln, nicht
Personen bekämpfe seine Partei. Abg. Flottwell:
den Sieg über Oesterreich verdanke man nicht der
Ueberraschung Oesterreichs, sondern der Trefflichkeit des
Heeres und der Führung. Daß auf der anderen Seite
der Ton des persönlichen Hasses herrsche, habe der
gestrige Tag bewiesen. v. Unruh habe es Willkür ge-
nannt, wo der Minister den liberalen Forderungen
mehr entgegen komme; er für seine Person nenne das
staatsmännische Versöhnlichkeit. Wenn man dem Mi-
nisterium des Innern Mangel an schöpferische Kraft
vorwerfe, so habe der Kampf es unmöglich gemacht,
schaffend zu wirken. Das Land sei des Konfliktes müde,
die liberale Partei möge sich hüten, daß über sie nicht
zur Tagesordnung übergegangen werde. Abg. Jung
möchte wissen, welche Vorlagen es denn seien, welche
das Haus aus Rücksicht auf die Regierung verworfen
habe. Ob etwa die Preß-Ordonnanz gemeint sei. Eine
wirklich konstitutionelle Regierung würde bei König-
grätz größere Erfolge erkämpft haben; jetzt aber sei es
Aufgabe, nicht blos neu zu rüsten, sondern für orga-
nisatorische Kräftigung und kulturgemäße Ausbildung
des Staates zu sorgen. Abg. v. Kardorff: Was
Gegenstande der Klage bilde, sei weniger Schuld der
Minister, als der Stellung, welche das Beamtenthum
in unserem Staate einnehme, die konstitutionellen
Institutionen hingen nur äußerlich am Beamtenstaat,
weil die Verfassung die Kontinuität der nationalen
Entwickelung unterbrochen und dem Beamtenthum
noch nicht die ihm gebührende Stellung gegeben habe.
Abg. v. Carlowitz: Die Indemnität sei nicht ein
Aufgeben der Gegensätze und Wünsche der Opposition, sie
sei nichts anderes, als ein Vorhang, der vor das budgetlose
Regiment gezogen worden sei. An den Prinzipien und
Forderungen halte die Opposition um so entschiedener
fest, als sie durch die Indemnität ein Anrecht auf ein Ent-
gegenkommen der Regierung erworben zu haben glaube.
Abg. v. Vincke (Hagen): Debatten wie die gestrige und
heutige schadeten dem Staate und dem Parlamentaris-
mus und befestigten die angegriffenen Minister. Red-
ner geht auf die Angriffe, welche die einzelnen Redner
gegen das Ministerium gerichtet, näher ein, um sie zu
widerlegen oder abzuschwächen. Eine Verminderung
der Armee-Ausgaben sei unter jetzigen Verhältnissen
unmöglich; eine organisatorische Thätigkeit und Gesetz-
gebung bedürfe nach den Annexionen der Zeit. Wenn
der Minister nur solche Person als Stadträthe nicht
bestätigt hätte, welche vor dem Kriege für Verweige-
rung des Geldes agitirt, so müsse er dem Minister
Recht geben. Für Herrmann würden solche Gründe
nicht vorliegen, weshalb er die Gründe dieser Nicht-
bestätigung gern erfahren möchte. Was die angebliche
Ueberraschung Oesterreichs angebe, so habe man Ur-
sache, die Großthaten der Armee nicht zu verkleinern;
aber Oesterreich habe seit dem Frühjahr fortwährend
gerüstet. Es sei die Niederdrückung des öffentlichen
Geistes in Oesterreich, der man dort die Schuld der
Niederlage zuschreibe. Daß Graf Bismark die Poli-
tik ergriffen, die er 1850 bekämpft, und daß die con-
servative Partei viele ihre früheren Ansichten aufge-
geben, so lobenswerth. Allerdings kann die Regierung
ihre Aufgaben nicht erfüllen, ohne im Innern liberal
zu werden, aber eben deshalb glaube er, müsse man
fern bleiben von systematischer Opposition; man möge
warten und die Gewalt der Dinge wirken lassen. Die
Mißstimmung in den neuen Landestheilen rühre da-
von her, daß man sich von gewohnten Zuständen los-
machen müsse, der ausgeschriebene Steuerzuschlag für
den November sei allerdings ein Fehler gewesen. Auch
die allgemeine Wehrpflicht berühre nicht angenehm,
aber sie werde ihre erziehende Wirkung schon üben.
Die nationale Partei möge nicht dadurch dem Staate
schaden, daß sie das Ministerium schwärzer male als
es verdiene, und möge die Fonds bewilligen, die das
Ministerium nöthig habe. Abg. v. Hoverbeck über-
läßt der neuen Partei sich in ihrer unbequemen Lage
selbst zu vertheidigen, die Sympathien der neuen Lan-
destheile würden am sichersten gewonnen, wenn die
Opposition zeige, daß noch ein gesunder Kern im preu-
ßischen Volke sei. Redner geht in längerer Ausfüh-
rung auf die Einzelheiten in der Rede von Vincke's
und des Ministers des Innern ein. Ihm folgen die
Abgeordneten von Blankenburg und Virchow (der
besonders für die Freiheit der Selbstverwaltung ein-
tritt). Der Minister des Innern ant-
wortete hierauf eingehend. Das Bestätigungsrecht er-
klärte er schließlich, sei falsch: das Beste wäre, wenn
der Bürgermeister und etwa der Beigeordnete aus ei-
ner Präsentation, wie etwa bei den Landräthen, her-
vorgingen, und die übrigen Magistratsmitglieder frei
gewählt würden. Die Debatte wird hierauf abgeschlos-
sen und es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

— Die Debatte am 30. November war vielleicht
die erregteste, die wir in dieser Session erlebt haben.
Man bemerkte, wie der Justizminister bei den vielen
gegen ihn erhobenen Angriffen mehrere Male die Ge-
sichtsfarbe wechselte. Ueber mehrere ihm gemachte Vor-
würfe erklärte er sich, andere schien er in thatsächlicher
Beziehung als richtig zuzugeben. Der stark betonten
Aeußerung des Hrn. Ministers, daß er die politische
Agitation an Richtern nicht dulden könne, da dadurch
das Vertrauen in ihre Unpartheilichkeit leiden müsse,
wurde nur das Eine entgegenzuhalten versäumt, daß
nach der conservativen Seite hin richterliche Beamte
ungestraft agitirt haben. Es ist dies nur so zu er-
klären, daß solche Fälle nicht zur Kenntniß des Herrn
Ministers gebracht sind, denn sonst wäre er doch
gewiß auch gegen diese eingeschritten. Ohne Wider-
spruch ist jedenfalls der mangelhafte Zustand unserer
Justizorganisation geblieben. Was in dieser Beziehung
von den Abgg. Lasker, Waldeck und Lesse angeführt
wurde, ist auch von der rechten Seite des Hauses nicht
bestritten worden.

Bei der Speizial-Debatte wurde angenommen
ein Antrag des Abg. Michaelis (Stettin) in welchem
die Regierung aufgefordert wird in der nächsten Ses-
sion dem Landtag über Organisation und Leistung der
amtlichen Statistik in einer Denkschrift Mittheilung zu
machen; ferner ein Antrag des Abg. Hoffmann (Jü-
terbogk), in welchem die Regierung aufgefordert wird,
das Gehalt der Kreissekretäre zu erhöhen.

Zur Situation.

Den Vorarbeiten für die Verfassung des nord-
deutschen Bundes, welche dem Abschluß nahe sind, lie-
gen — sagt die „Zeidl. Corr." — durchweg die Ideen
und Anordnungen des Grafen Bismarck zu Grunde,
der auch in der letzten Zeit an diesen Arbeiten Theil
genommen habe. Was bisher über den Inhalt der
Verfassung in die Oeffentlichkeit gebracht ist, sei ver-
früht; die preuß. Regierung wolle zunächst die Meinung
ihrer Bundesgenossen über die Entwürfe vernehmen.
— Trotzdem giebt die „Z. C." selbst ihre Andeutungen
über die Verfassung. Zwei Strömungen, sagt sie,
sind in Betreff der deutschen Verhältnisse zu beobach-
ten. Die eine wolle der neuen Bundesverfassung ein
so weites Gewand geben, daß dieselbe auch noch für
die Aufnahme der süddeutschen Stoaten passend bleibe;
die andere wolle vor Allem dem nordd. Bunde eine
straffe, in sich abgeschlosse Gestaltung verleihen. „Viel-
leicht — sagt die „Z. C." — lassen sich beide durch
die Erwägung vereinbaren, daß die Herbeiführung en-
gerer Beziehungen zu den süddeutschen Staaten um
so besser gewährleistet wird, je schneller es dem nord-
deutschen Bunde gelingt, sich mit klaren Abrissen und
festen Formen zu constituiren. Vor allem wird es auf
die Errichtung einer einheitlichen Exekutive ankommen,
welche, auf eine ebenso einheitliches Militärwesen ge-
stützt, im Stande ist, dem Bunde nach außen hin Ach-
tung zu verschaffen. Es ergiebt sich hieraus, daß für
parlamentarische Künsteleien innerhalb des Bundes
kein Feld bleibt. Dem Parlament selber, wenn es sich
dem Realen widmet, werden auf dem Gebiete gemein-
schaftlicher socialer Anstalten genug Gelegenheiten blei-
ben, seine Praxis zur Geltung zu bringen. Aber für
die Entwickelung constitutioneller Doctrinen und Theo-
rien wird nur wenig Raum vorhanden sein. Der par-
lamentarische Apparat muß möglichst vereinfacht wer-
den, weshalb es nicht unwahrscheinlich ist, daß man
sich für die Erledigung der gemeinschaftlichen bürger-
lichen Angelegenheiten des Bundes auf die Errichtung
eines einzigen aus dicecten Wahlen hervorgehenden
Volkshauses beschränken wird."

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 1. Dezember. Durch
einen gemeinsamen Erlaß des Finanzministers, des
Kriegsministers und des Ministers des Innern sind
die Povinzialbehörden benachrichtigt worden, daß der
1. Oktober d. J. als der Zeitpunkt festgesetzt ist, mit
welchem das Gesetz wegen der Kriegsleistungen außer
Kraft trete und von welchem an somit auch die Ver-
pflichtung des Landes zu unentgeltlichen Leistungen für
die Armee aufhöre. Die Provinzialbehörden sind zu-
gleich angewiesen, hiernach die entsprechenden Anord-
nungen zu treffen.

Provinzielles.

Danzig. Im Auftrage des Kgl. statistischen
Büreaus (Director Dr. Engel) hat so eben das Mit-
glied desselben, Reg.-Rath Richard Böckh eine bei Leo-
pold Kraatz in Berlin lithographirte „Sprachkarte vom
preußischen Staate" nach den Zählungs-Aufnahmen
vom J. 1861 veröffentlicht, die in graphischer Darstel-
lung ein recht übersichtliches Bild von den Sprachver-
schiedenheiten im preußischen Staate giebt. Während
die südliche Hälfte Schlesien ꝛc. darstellt, reicht der
uns besonders interessirende Theil mit der nördlichen
Hälfte von Stolpmünde und Czarnikow im Westen bis
zur östlichen Grenze der Monarchie nach Memel,
Marggrabowa und Bialla. und umfaßt somit ganz Ost-
und Westpreußen, sowie kleine Theile der Reg.-Bezirke
Köslin und Bromberg. Das Colorit der Karte wech-
selt zwischen gelb, welches die überwiegende (über 3/4)
deutsche, roth, welches die slavisch-polnische, und blau,
welches die lettisch-kurische Nationalität und Sprache
anzeigt. Je nachdem die letzten beiden Farben schraf-
firt, gekreuzt oder einfach kolorirt erscheinen, ist der
Prozentsatz der fremden höher oder niedriger. Der
Königsberger Reg.-Bezirk erscheint fast durchweg gelb,
nur sein südlicher Theil unterhalb Seeburg und Lie-
bemühl, in den Kreisen Osterode, Allenstein, Neiden-
burg und Ortelsburg zeigt überwiegend rothe Flächen,
aus denen sich bei den größeren Städten gelbe Encla-
ven abheben, während der nördliche Strich über Labiau
bis Memel vorherrschend blau colorirt ist. Nament-
lich ist dies bei der Einfassung des kurischen Haffs der
Fall, deren eine Seite, die Nehrung von Königsberg
bis zur Hälfte, Pilkoppen, gelb, dann aber blau ist.
Nur Memel mit seiner unmittelbaren Umgebung ist
wieder gelb. Der nördliche Theil des Gumbinner Reg.-
Bez., die Kreise Heydekrug, Niederung, Tilsit und Rag-
nit, changiren in gelb und blau, Insterburg, Gumbin-
nen, Goldap, Darkehmen, Pillkallen, Stallupönen und
ein Theil von Angerburg sind durchweg gelb, der süd-
liche Theil dagegen, Lötzen, Marggrabowa, Lyck, Sens-
burg, Johannisburg, erscheinen röthlich und ganz roth
colorirt. Von Westpreußen und den berücksichtigten
Theilen Pommerns und Posens ist der größte Theil
gelb, insbesondere der Landstrich im Norden und rechts
von der Weichsel. Hier ist die rothe Farbe nur in
Stuhm und Umgegend vorherrschend. Südlich von
Graudenz ist dagegen fast Alles in letzter Farbe geklei-
det und die Kreise Kulm, Neumark, Strasburg weisen
nur einzelne gelbe Enklaven auf. In Thorn ist es noch
ebenso, Bromberg, Nakel, Wirsitz lassen dagegen schon
wieder mehr gelb aufkommen. Links von der Weichsel
zeigt sich in den Kreifen Neustadt, Karthaus, Berent,
Schlochau, Conitz, Stargardt und Schwetz viel rothe
Farbe, sie vermag sich jedoch nicht recht zu consolidiren
und erscheint theils durch Schraffirungen heller, theils
muß sie der gelben Farbe weichen, die je weiter west-
lich um so intensiver und bei Lauenburg, Bütow und
südlich bei Flatow, Schneidemühl wieder ganz vor-
herrschend wirg. (D. Z.)

Lokales.

— **Personal-Chronik.** Wieder ist ein bedeutender Thor-
ner verschieden, dessen Bekanntschaft unsere Leser interessiren
dürfte. Am 25. November starb zu Warschau in noch nicht
vollendetem 75 Lebensalter Graf Friedrich Skarbek,
der hierorts (im Kaufmann Beuth'schen Hause auf der Brük-
ken-Str. Nr. 20.) am 15. Februar 1792 das Licht der Welt
erblickte. Sein Vater Graf Kaspar Skarbek und seine
Mutter Friederike Fenger, die Tochter eines hiesigen
Kaufmanns und Bankiers, der für die damalige Zeit nach
der noch von Mund zu Mund gehenden Tradition außerge-
wöhnlich reich gewesen sein muß. Im elterlichen Hause ver-
blieb Friedrich bis 1805. Sein Lehrer war damals Niko-
laus Chopin, der Vater des berühmten Musikers und Kla-
vier-Virtuosen Chopin. Im 14. Lebensalter kam Friedrich
zu weiterer Ausbildung nach Warschau in's Lyceum, 1809
nach Paris, wo er die Vorlesungen auf dem College de
France besuchte und von Saint-Aubin privatim mit der Na-
tional-Oekonomie bekannt gemacht wurde, welcher Wissen-
schaft er sich, wie solches die vielen von ihm meist in polni-
scher, aber auch in französischer Sprache verfaßten volkswissen-
schaftlichen Abhandlungen und Werke erweisen, sein ganzes
Leben hindurch mit besonderer Vorliebe widmete. Für die
Lösung einer volkswirthschaftlichen Preisfrage, welche die
wissenschaftliche Gesellschaft in Harlem gestellt hatte, erhielt
S. den Preis, eine silberne Medaille. 1811 kehrte er nach
Warschau zurück und trat zuerst als Beamter des Finanzmi-
nisteriums in den Staatsdienst, in dem er mit kurzen Unter-
brechungen und in verschiedenen amtlichen Stellungen bis zu
seiner Pensionirung verblieb. Im Jahre 1818 erhielt er die
Professur der Nationalökonomie an der ehemaligen War-
schauer Universität; 1827 besuchte er im Auftrage der Re-
gierung die Gefängnisse in Polen und machte im f. J. zur
Instruction über Gefängnißwesen eine Reise ins Ausland.
Auf seinen Vorschlag wurden die Sträflinge in den Gefäng-
nissen mit Arbeiten innerhalb desselben beschäftigt, während
sie vorher nur zu öffentlichen Bauten verwendet wurden.
Auch um die öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten in War-
schau und Polen hat sich er durch Reformen verdient gemacht,
so begründete er in Warschau ein Institut zur Aufnahme
verwahrloster Kinder. Seine höchste Stellung im Staats-
dienste erreichte er 1854, wo er zum General-Director der
Justiz-Commission ernannt wurde; einige Jahre darauf wurde
er pensionirt. Graf S. war ein sehr begabter und vielseitig
befähigter Mensch; auch als Dichter und Maler hat er sich
einen ehrenvollen Namen erworben. In die schönwissenschaft-
liche polnische Literatur führte er sich 1816, also vor funfzig
Jahren, durch eine Uebersetzung der Lieder Anakreon's ein,
später verfaßte er mehrere sehr geschätzte, jetzt noch gelesene

Romane und auch Theaterstücke. Einige von den Romanen sind auch übersetzt worden, so die historische Erzählung „Tarlo" durch Melanie Waldow in's Französische, ferner in's Deutsche durch Martius „das Leben und Abenteuer des Fristin Dodosinski" (Berlin 1844) und durch v. Lossow „die Reise ohne Ziel" und der „Herr Starost" (Berlin 1845). Oelgemälde von ihm waren zum Oefteren auf Ausstellungen zu sehen. Seine lange Thätigkeit und Wirksamkeit, so heißt es in dem Nekrolog des „Dzien. Pozn.", dem wir obige Notizen entnehmen, waren für das Land sehr ersprießlich.

— **Kommunales**. Am Sonnabend den 1. d. Mts. 6 Uhr Abends hielten die Stadtverordneten eine geheime Sitzung ab, in welcher sie gutem Vernehmen nach den Bericht der Kommission für die Stadtbaurathswahl (Ref. Herr Justizrath Dr. Meyer) über die eingegangenen Bewerbungsschreiben um besagte Magistratsstelle entgegen nahmen. Von den 17 Kandidaten, welche sich gemeldet haben, sollen 4 als für besagtes Amt besonders qualifizirt, weil sie die höchste Staatsprüfung gemacht haben, bezeichnet worden sein.

⊙ **Musikalisches**. Nach einer leider durch die Verhältnisse bedingten langen Pause trat am Mittwoch den 28. d. Mts. der Singverein mit einem gemischten Concert vor die Oeffentlichkeit. Es ist kein Geheimniß geblieben, daß das Concert zu arrangiren dem Vorstande mehr Schwierigkeiten bereitete, denn je, da der Verein durch den Abgang bedeutender Kräfte sehr geschwächt und momentan für diese noch kein Ersatz gefunden ist. Der unermüdlichen Thätigkeit des Dirigenten und dem Fleiß der Mitglieder haben wir es daher wohl nur zu danken, daß die beiden Piecen, in denen der Verein sich producirte, in einer beinahe tadellosen Weise zum Vortrage kamen. Haben wir auch bei dem Finale aus dem Templer einige Fehler, namentlich bei einzelnen Einsätzen eine gewisse Unsicherheit, und nicht ganz reine Intonation bemerkt, so waren diese doch so unbedeutender Natur und dem Ohre des Zuhörers nur dann zugänglich, wenn er mit der gespanntesten Aufmerksamkeit dem Vortrage folgte, daß sie den Totaleindruck nicht im Geringsten störten. Das sich an den 95 Psalm anschließen Trio von Schapler, in dem der Herr Componist selbst die Güte hatte mitzuwirken und das den Glanzpunkt des Abends bildete, entzieht sich durch die Personen von denen es executirt wurde, von vornherein unserer Beurtheilung; eine Bemerkung möge uns aber doch gestattet sein, nämlich die, daß es besser nicht gespielt werden konnte. Außer den vorgenannten Piecen kam noch eine Arie aus dem Barbier von Sevilla und 2 Klavierstücke zum Vortrage. Die Gesangspiecen, wie die beiden Klaviersachen wurden gut ausgeführt, und bekundete namentlich die jugendliche Klavierspielerin eine vortreffliche Schule. Nur mit der Wahl der Stücke können wir uns nicht einverstanden erklären, da sie dem Zuhörer wohl Gelegenheit geben, die technische Fertigkeit des Spielers zu bewundern, sonst aber einen musikalischen Genuß nicht gewähren. —

— **Theater**. Am Sonntag d. 3. d. kam die hierorts schon mehrmals aufgeführte aber noch immer, wie das (in dieser Saison zum ersten Male) bis auf den letzten Platz besetzte Haus erwies, beliebte Posse v. Hopf „Eine Nacht in Berlin" zur Aufführung. Herr Joissen lieferte als „Bergemann" wieder eine so treffliche komische Genre-Figur, wie wir dies von ihm gewohnt sind, allein er hätte den Philister aus Neustadt-Eberswalde — er ist ja erst 50 Jahr alt — rüstiger in der Haltung darstellen sollen. Mit vielem Beifall spielten auch Frln. Merker „Marie und Herr Griese „Friedrich". Im Ganzen ging die Posse gut, weil auch die nicht komischen Partien tüchtig vertreten wurden.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 123⅙ pCt. Russisch-Papier 123 pCt. Klein-Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—15 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 2. Dezember. Temp. Kälte 5 Grad. Luftdruck 28 Zoll 5 Strich. Wasserstand — Fuß 6 Zoll unter 0.
Den 3. Dezember. Temp Kälte 4 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand — Fuß 7 Zoll unter 0.

Eingesandt.

Allen praktischen Landwirthen sei hiermit **Trowitzsch's landwirthschaftlicher Notizkalender für 1867** 4. Jahrgang, welcher in allen Buchhandlungen zu haben ist, zur Anschaffung bestens empfohlen. Derselbe ist mit allen Hülfsmitteln für die Praxis versehen, ohne die Taschen mit einem unnöthigen Ballast von theoretischen Abhandlungen zu beschweren und kostet elegant und dauerhaft in Callun gebunden **nur 15 Sgr.**, ist also der billigste landwirthschaftliche Kalender, der bis jezt existirt. Der beste Beweis für seine Brauchbarkeit ist, dass dieser Jahrgang in kurzer Zeit bereits in zweiter Auflage erschienen ist.

Ein praktischer Landwirth.

Zum Besten preuß. Krieger und deren Hinterbliebenen
10,000 Thaler.

Nur 1 Thlr. kostet ein Loos zu der am 31. Januar k. J. (also schon im nächsten Monat) bestimmt stattfindenden **garantirten Verloosung** des vollkommen schuldenfreien

Mineralbades Fiestel bei Minden

mit 14 Morgen Kurgarten, 8 Gebäuden und 7 Schwefelquellen als **Hauptgewinn** und außerdem **zahlreichen Nebengewinnen** in **Equipagen, Pferden**, ächten neuen **Silbersachen** (Thee-Service, 20 Zuckerschalen, 40 ſ Leuchter, 80 Dtzd. ſ. Löffel) **100 Lütticher Gewehren, 50 Velour-Teppichen, 366 Staats-Prämien-Loosen** 2c.

Alle Loose, auf welche keiner dieser grösseren Gewinne fällt, erhalten eine zu 21 Bädern berechtigende, auf 10 Jahre giltige Freibade-Karte im Werthe von 7 Thlrn. als Ersatz, **es muß somit jedes Loos ohne Ausnahme am 31. Januar gewinnen.**

Ziehung öffentlich vor Notar, Verwaltungsrath und Zeugen. Ausführlicher **Plan** wird jedem **Loose** beigefügt, ebenso die **Gewinnliste** Jedem sogleich nach der Ziehung franco übersandt. **Loose** à 1 Thlr. (11 Loose für 10 Thlr.) sind gegen Einsendung des Betrages oder Postnachnahme zu beziehen von

Julius Spanier, Haupt-Agent, in **Hannover**.

Für Reisende und Auswanderer.

Vermittelst meiner General-Agentur finden gleich der vorangegangenen Jahre vom 1. Februar 1867 ab jeden 1. und 15. des Monats

ab Hamburg und Bremen

directe Segelschiffs-Expeditionen — nicht über England — nach den Hafenplätzen

Newyork, Baltimore, Philadelphia, Neworleans, Galveston, Quebeck und Australien

statt, zu welchen die seetüchtigsten dreimastigen Schiffe, unter Leitung zuverlässiger deutscher Capitaine zur Anwendung kommen. — Außerdem finden durch meine Vermittelung auch ununterbrochen jeden **Sonnabend Dampfschiffs-Expeditionen** ab **Hamburg und Bremen** statt, worüber auf portofreie Anfragen bereitwilligst jede beliebige Auskunft gern ertheile.

H. C. Platzmann in Berlin, Louisenstraße Nr. 2.
Königl. Preuß. und für den Umfang des ganzen Staats concessionirter General-Agent.

Meine Weihnachts-Ausstellung von

Spielwaaren

in der ersten Etage meines Hauses empfehle ich hiermit zu gütigem Besuch. Vorjährige Spielsachen zu herabgesetzten Preisen.

Hermann Elkan am Markt.

Die Brenn- und Nutzholz-Handlung von
Louis Angermann.
Neu Culm.-Vorstadt 44.
empfiehlt ihr Lager aller gebräuchlichen Sorten **Bauhölzer**, Rund- und Kreuzhölzer, Bohlen, Bretter, Latten und Schwarten in jeder Dimension und Qualität, so wie aller denkbarer **Nutz- u. Schirrhölzer** in jeder Holzart den geehrten Consumenten zur geneigten Beachtung.

Brillen, Pince-nez, Thermometer, Operngucker u. s. w. empfiehlt zu den billigsten Preisen
W. Krantz,
Brückenstraße vis-à-vis dem Gasthof zum schwarzen Adler.

Würfelkohlen

bester Qualität, liefere ich für den Preis von 10 Sgr. pro Scheffel frei ins Haus, die Last und halbe Last für den Preis von 20 Thlr. pr. Last frei vor die Thür.

Bestellungen werden sofort ausgeführt.
C. B. Dietrich.

Spielwerke.

mit 4 bis 48 Stücken, worunter Prachtwerke mit **Glockenspiel, Trommel** und **Glockenspiel**, mit **Himmelsstimmen**, mit **Mondolinen**, mit **Expression** 2c. ferner:

Spieldosen

mit 2 bis 12 Stücken, worunter welche mit **Necessoires, Cigarrentempel, Schweizerhäuschen, Photographiealbums, Schreibzeuge, Cigarrenetuis, Tabaksdosen, Nähtischchen, tanzende Puppen**, alles mit **Musik**. Stets das **Neueste** empfiehlt

J. H. Heller in Bern. Franco.

Diese Werke, die mit ihren lieblichen Tönen jedes Gemüth erheitern, sollten in keinem Salon, und an keinem Krankenbette fehlen. Lager von fertigen Stücken. — Reparaturen.

Pommade de Glycerine gelatineuse.

Eine der verbreitetsten Krankheiten der Kopfhaut ist die Kleinflechte, welche in einer trockenen Abschuppung der Kopfhaut besteht und dadurch eine Zerstörung des Haarbodens und des Haarwuchses mit sich bringt.

Die **gelaniteuse Glycerin-Pommade** ist consolidirtes Glycerin, und zwar durch solche Stoffe consolidirt, welche nährend auf den Haarwuchs wirken, und ist daher dieses neue Produkt als das beste Haarwuchsbeförderungs- und Erhaltungsmittel ohnstreitig aufs Wärmste zu empfehlen.

In Flacon à 6 Sgr. bei **D. G. Guksch.**

Amerikanisches

Fleckwasser,

Eine neue, helle, fast geruchlose Flüssigkeit zur sofortigen leichten Entfernung aller Flecken aus Seide, Wolle, Tuch und anderen Stoffen, sowie zur Reinigung von Lederhandschuhen.

Dieses für alle Haushaltungen unentbehrliche Mittel empfiehlt in Flacon à 2½ Sgr.
D. G. Guksch.

Artushof.

Einem geehrten Publikum erlaube ich mir meinen neu tapezirten

Artushof-Saal

bei vorkommenden Bällen, Concerten, Hochzeiten c. hierdurch angelegentlichst zu empfehlen.
Gustav Höse.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehle ich meinen Vorrath von **birkenen Sophatischen, Bettstellen** und **Waschtischen** gut gearbeitet zu soliden Preisen. **Sobolewski,**
Tischlermeister. Bäckerstr. 222.

So eben erschien und ist in der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** vorräthig:

Zündnadel-Blitze 1866.

Eine Sammlung launiger und gemüthlicher Vorfälle aus dem glorreichen Preußenkriege im Jahre 1866
Preis 5 Sgr.

Zu der von der Staatsregierung genehmigten **Klassen - Lotterie**, deren Ziehung

am 13. Dezember d. J.

ihren Anfang nimmt, empfehle ich ganze Loose à 4 Thlr., **halbe** à 2 Thlr., **viertel** à 1 Thlr.

Haupttreffer 100,000 rtl., 60,000 rtl., 40,000 rtl., 20,000 rtl., 10,000 rtl., 2c. 2c.

Amtliche, gestempelte Ziehungslisten, Renovations-Loose, sowie Gewinngelder werden prompt zugesandt. — Man wende sich **direkt** an

Louis Wolff, Hamburg.

Trockne Bouquets

habe ich so wie im vorigen Jahre Herrn Oskar Guksch, Conditor Herrn Tarrey, in Commission gegeben, auch nehmen dieselben Bestellungen auf frische Bouquets und andere in mein Fach schlagende Artikel entgegen. **H. Zorn,**
Kunstgärtner.

Das Moritz Rosenthal'sche Geschäftslokal ist vom 1. Januar anderweitig zu vermiethen.

Ausverkauf der letzten feuerfesten eisernen **Geldschränke. Juny.**

Billig!

Wollene Kleiderstoffe a 3½ und 4 Sgr in schönen Dessins empfiehlt **Jacob Danziger.**

Ausverkauf.

Wegen Aufgabe meines Garderoben-Geschäfts verkaufe ich sämmtliche Sachen unter dem Kostenpreise und habe ich dazu ein besonderes Zimmer eingerichtet. **M. Friedländer.**
Breiten-Str. 87 bei Hrn. Bannach.

Für eine möblirte Stube wird noch ein **Mitbewohner** sofort gesucht. Kleine Gerberstraße Nr. 15.

Heiligegeist Straße Nr. 202 zwei Treppen hoch ist eine möblirte Stube mit auch ohne Beköstigung sofort zu vermiethen.

Eine kleine Vorderstube zu vermiethen Gerechte Str. 115/16.

Ein möblirtes Zimmer ist von sogleich zu vermiethen bei **A. Böhm.**

Eine möblirte Stube mit Beköstigung ist zu haben. Gerstenstraße Nr. 96.

Neustadt Nr. 8 sind möblirte Stuben zu vermiethen. Zu erfragen bei **C. Waser.**

Stadttheater in Thorn.

Dienstag den 4 Dezember. Auf allgemeines Verlangen zum zweiten Male: **„Flotte Bursche“**, oder **„das Bild der Madame Potiphar.“** Komische Operette in 1 Akt von J. Braun. Musik von Franz v. Suppée Vorher: **„Doktor Robin“**. Lustspiel in 1 Akt von W. Friedrich. Hierauf: **„Die Dienstboten“**. Lustspiel in 1 Akt von Rod. Benedix.

Die Direktion.

Zur Beachtung
für die geehrten Inserenten.

Es wird mit der Zeit nachgerade unmöglich, daß der Bote, welchem die Einziehung der Inserate des Wochenblattes übertragen ist, alle die kleinen Posten von 3, 6 und 9 Sgr. im Stande ist einzufordern, zumal wenn er bei mehreren Inserenten den Gang 3 bis 4 Mal machen muß. Ich bitte deshalb die geehrten Inseratgeber die Beträge für 1 Inserat bis zu 10 Sgr. gleich bei der Bestellung einzuzahlen, wie dies überall gebräuchlich ist.

Ernst Lambeck.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.